

Begründung zum Antrag der AfD-Fraktion zur Verlängerung der Aussetzung des Familiennachzugs

Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

die AfD erkennt den guten Willen und das persönliche Engagement vieler Bürger an, die, um Menschen in schwieriger Situation zu helfen, persönliche Opfer bringen und sich ehrenamtlich engagieren. Wir halten aber die unkritische Akzeptanz und Förderung der Immigration für einen folgenschweren politischen Irrweg.

Bekanntermaßen hat sich die AfD zum Ziel gesetzt, Belastungen durch die immer noch anhaltende unkontrollierte Immigration hunderttausender seit 2015 auch für den Landkreis Hersfeld-Rotenburg so gering wie möglich zu halten.

Dazu gehört es einerseits, durch Transparenz über die Kosten und die sozialen Probleme, die Schwierigkeiten und die Berechtigung der Warnungen vor den Folgen dieser auch von Frau Bundeskanzlerin Merkel persönlich zu verantwortenden Entwicklung deutlich zu machen.

Manche finden, die AfD sollte dazu nicht länger nachfragen, sondern endlich Ruhe geben und hinnehmen, dass die Belastungen nach und nach in ganz verschiedenen Haushaltsposten verschwinden und immer weniger trennscharf nachvollziehbar werden. Sie wirken dadurch auch immer weniger auf die Meinungsbildung. Auf eine schleichende Normalisierung des Unnormalen wollen wir uns aber nicht einlassen. Wir werden im Gegenteil anhaltend auf Klarheit und Transparenz hinwirken, damit jetzt und künftig klar ist, was sich im Land und im Kreis tatsächlich abspielt.

Ein Beispiel: Nachdem sich in 2016 die Zahl der Verwaltungsgerichtsverfahren, in denen sich Immigranten einen mit Bleiberecht verbundenen Status mit anwaltlicher Hilfe – auch dies natürlich auf Kosten unseres Staates – erstreiten wollen, gegenüber dem Vorjahr verdoppelt hat, zeichnet sich in diesem Jahr abermals eine Verdoppelung der Verfahren ab, die die Grenzen der Belastbarkeit der Verwaltungsgerichte längst in Frage stellt.

Derweil zeichnet sich in den großen Lagen keine Minderung des Migrations-Druckes auf Europa und ganz besonders auf Deutschland ab. Vorübergehend ist eine Verringerung der Immigration gegenüber der großen Welle eingetreten. Die Gemüter werden absichtsvoll beruhigt. Doch weitere Immigrationen sind schon am Horizont erkennbar.

Die Aufgaben der Kommunen sind aber eineinhalb Jahre nach dieser besonderen Form der Grenzöffnung auch für die Immigranten der großen Welle natürlich noch keineswegs vorüber. In den Städten noch weniger als hier auf dem flachen Land. Die Sozialverwaltung kämpft sich da täglich durch.

Über 250.000 als Syrer eingereiste Personen haben schon heute einen Anspruch auf Familiennachzug. Die Grünen wollen die Zuwanderung durch mehrere gesetzliche Änderungen noch erleichtern und verstärken. Sie wollen eine Rücknahme der Aussetzung.

Um aber sicherzustellen, dass es keine weitere Überlastung des Sozialstaates und der Gesellschaft aus dem Kontext der schon eingewanderten gibt und wenigstens für die wirklich Asylbedürftigen ein humanitäres Schutzangebot aufrechterhalten werden kann, haben sich Kommunen für eine Verlängerung der Aussetzung des Familiennachzuges für die große Gruppe der "subsidiären Schutzsuchenden" Personen ausgesprochen.

Diese haben bisher kein Bleiberecht und sollen das Land so bald es geht wieder verlassen. Sie bedürfen daher auch keiner vertieften Integration, die eine spätere Ausreise oder Rückführung erschwert. Familiennachzug würde im Gegenteil zur weiteren Festigung ihres Bleibewunsches führen und natürlich enorme Zusatzkosten in vielerlei Hinsicht verursachen.

Wir beantragen daher, dass der Kreistag die Verwaltung auffordert, alle entsprechenden Initiativen zu unterstützen, und Aktivitäten zu unterstützen, die weiteren Zuzug von Wirtschaftsmigranten verhindern und so weitere Lasten von unserem Landkreis wirksam abzuwenden.

Die übrigens auch, um die Mittel für wirksame Hilfen vor Ort in den Krisenregionen nicht hier im Interesse der wachsenden "Sozialindustrie" zu vergeuden, sondern da einzusetzen wo Hilfe am effizientesten möglich ist.